

Pressegespräch mit Seniorenbund-Landesobmann LH a. D. Dr. Josef Pühringer:

Arbeiten in der Pension wird attraktiver – aber der Arbeitsmarkt muss mitspielen!

„Die neue Bundesregierung macht das Arbeiten über 65 Jahre hinaus attraktiver und das vorzeitige „in Pension gehen“ schwieriger. Als OÖ Seniorenbund begrüßen wir das Erste und akzeptieren auch das Zweite. Aber ein wirklich positiver Beschäftigungseffekt wird durch diese Maßnahmen nur dann eintreten, wenn auch der Arbeitsmarkt entsprechend mitspielt“, betont Seniorenbund Landesobmann LH a.D. Dr. Josef Pühringer. Denn Österreich hat trotz Verbesserungen in der Gruppe der 55- bis 65-Jährigen nur eine Erwerbsquote von 58,8 Prozent. Das ist deutlich niedriger als in fast allen EU-Ländern.

„Es braucht einen großen, grundsätzlichen Paradigmenwechsel. Die Zuordnung „alt = teuer“ ist auch heute noch einer der größten Hemmschuhe für eine höhere Beschäftigungsquote der Älteren. Das muss aus den Köpfen der Arbeitgeber hinaus“, so Pühringer. Viele Unternehmen hätten aber ohnedies in der jüngsten Vergangenheit bereits erkannt, dass diese Formel nur auf den ersten Blick mathematisch richtig ist. Wer „alte Arbeitnehmer“ pensioniert, insbesondere frühzeitig, weil sie zu teuer sind, pensioniert auch Expertise, Fachwissen und Erfahrung.

Nun wird es für die Senioren einerseits attraktiver länger zu arbeiten, denn die Pensionsversicherungsbeiträge für das Weiterarbeiten über 65 fallen zur Gänze weg und der Zuverdienst wird nur mit einer Flat Tax von 25 Prozent besteuert. Andererseits wird es durch strengere Zugangsvoraussetzungen zur Korridorpension nicht mehr möglich sein, mit 62 Jahren mit Abschlägen, in Pension zu gehen. Damit sollte es gelingen, die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer zu heben und natürlich auch beim Pensionszuschuss des Staates einzusparen.

Damit die Seniorengeneration von heute bzw. die sogenannten Babyboomer wirklich motiviert werden, länger zu arbeiten – eventuell sogar über das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaus – müssen aber auch altersgerechte Arbeitsplätze angeboten werden und es darf ihnen nicht der Eindruck vermittelt werden, dass sie nur ein Kostenfaktor sind. Golden-Handshakes und andere Praktiken, um ältere Arbeitnehmer frühzeitig in die Pension zu verabschieden, laufen derartigen

Bestrebungen zuwider. Vielmehr braucht es zumutbare Arbeitsangebote, Kombi- und Teilzeitmodelle, flexible Arbeitszeitmodelle und dergleichen. „Von der Abschaffung des Pensionsbeitrages und der neuen Steuerregelung profitieren Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Daher sollten diese genannten Maßnahmen leichter möglich sein“, so Pühringer.

Außerdem muss es für über 50-jährige Arbeitnehmer, die ihren Job verlieren, beim Wiedereinstieg ins Berufsleben mehr und wirksamere Hilfen geben“, fordert Pühringer. Jobsuchende über 50, insbesondere über 55 Jahre, haben es schwer, einen adäquaten Arbeitsplatz zu finden. Die Wieder-Einstiegsbedingungen müssen zumutbar sein, häufig sind sie mit größeren Einkommensverlusten verbunden, da der Arbeitsmarkt sehr auf „Jugend“ ausgerichtet ist.

Das faktische Pensionsantrittsalter ist in Österreich auch deswegen bei nur knapp 62 Jahren (bei den Männern), weil sich viele Babyboomer in der Langzeitarbeitslosigkeit befinden und schwer aus ihr herauskommen. Laut AMS liegt die Langzeitbeschäftigungsarbeitslosigkeit der über 55-Jährigen in Österreich bei aktuell 38 Prozent.

Darüber hinaus muss auch ein größerer Fokus auf die Prävention gelegt werden, schließlich gehen aktuell viele Österreicher „krank“ in Pension, liegt doch die Zahl der gesunden Lebensjahre bei rund 61,5 und damit unter dem EU-Schnitt.

Die neuen „seniorenfreundlicheren Regelungen“ für das längere Arbeiten werden dann ihre volle Wirksamkeit entfalten können, wenn auch der Arbeitsmarkt entsprechend reagiert. Übrigens sind ältere Arbeitnehmer auch eine Fundgrube für kleine Betriebe, die Fachkräfte suchen. „Wer sich die demographische Entwicklung ansieht, wird sofort feststellen: keine Bevölkerungsgruppe wächst in den nächsten Jahren so extrem, wie die Generation 60+. Sie ist ein riesiges Fachkräftepotential in den nächsten 20 Jahren“, betont Pühringer.

Die Anhebung des tatsächlichen Pensionsantrittsalters forcieren, anstelle derzeit das gesetzliche Pensionsantrittsalter hinaufzusetzen, ist der logisch richtige Weg der Bundesregierung, den der Seniorenbund voll mittragen kann. Man werde einem 62- oder 63-Jährigen eher zumuten können, länger zu arbeiten als einem 65-Jährigen, so Pühringer. „Als Seniorenbund hoffen wir sehr, auch im Sinne der langfristigen Finanzierbarkeit der Pensionen, dass die Maßnahmen der neuen Bundesregierung wirken und sich relativ rasch das tatsächliche Pensionsantrittsalter an das gesetzliche annähert.“

Apropos Finanzierung: bei den derzeitigen Reformdiskussionen, die sich hauptsächlich um Budgetfragen drehen, klingt sehr häufig der Vorwurf mit, dass die Pensionisten, insbesondere die Babyboomer, zu viel kosten. „Dieser Vorwurf ist unangebracht und ungerecht und wird von uns zurückgewiesen, denn die Babyboomer sind heute nicht nur die Empfänger der Pensionen, sie waren auch in den letzten 40 Jahren die großen und vielen Einzahler. Ihre Beiträge haben in den letzten Jahrzehnten vor allem die Pensionen gesichert“, unterstreicht Pühringer. Man wisse aber sehrwohl, dass der steigende Pensionszuschuss des Bundes zu tragen ist. Daher seien die Verbesserungen für das längere Arbeiten zu begrüßen und deshalb trage der ÖÖ Seniorenbund auch die Reformmaßnahmen in Bezug auf die Korridorpension mit.

„Wir fordern eine seriöse, faktenorientierte Diskussion über die Pensionen und ihre Finanzierung, die auch den Seniorinnen und Senioren die entsprechende Wertschätzung entgegenbringt. Senioren nur als Kostenfaktor zu sehen, entspricht überhaupt nicht den Realitäten! Denn sie sind ein unverzichtbarer Teil unserer Gesellschaft, der für das Gelingen der Gemeinschaft unverzichtbare Leistungen erbringt, wie Pflege zu Hause, Ehrenamt, Familien- und Nachbarschaftshilfe, Kinderbetreuung, usw. Ja, es braucht einen Paradigmenwechsel – die Älteren sind für unsere Gesellschaft unverzichtbar!“ betont Pühringer abschließend.